

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Max Chopard-Acklin
Rainstrasse 21
5415 Nussbaumen
www.max-chopard.ch



Bericht aus der Sommersession 2014

So erlebte ich diese Session zusammengefasst in Zahlen: 13 Sitzungstage, 231 Abstimmungen, 3 Wortmeldungen, 3 Vorstösse eingereicht, an 6 Info-Veranstaltungen teilgenommen und ein Hitzerekord von 30 Grad an Pfingsten.

Erste Woche: Fortpflanzungsmedizin, Kinderzulagen und Bundesrechnung

Viel zu reden gab die Fortpflanzungsmedizin bei uns Menschen. Es stand die Frage im Raum, ob alles was heute technisch bereits machbar ist, ethisch auch wünschbar ist. Wo setzen wir die Grenzen?

Der Nationalrat hat sich für die Zulassung der **Präimplantationsdiagnostik** ausgesprochen. Das heisst, im Reagenzglas gezeugte Embryos sollen vor der Einpflanzung in den Mutterleib untersucht werden dürfen. Sogenannte „Retterbabys“, die dann für ältere Geschwister quasi als „Ersatzteillager“ dienen sollen, werden aber nicht zugelassen. Spätestens bei der Zeugung und Selektionieren von Embryos für einen bestimmten Zweck, war für mich und die Ratsmehrheit klar die Grenze erreicht.

Kinderzulagen: Während die CVP Kinder- und Ausbildungszulagen via Volksinitiative von den Steuern ausnehmen möchte, wollte die SP für die Familien mit Kindern via parlamentarische Initiative eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen erwirken. Beide Anliegen fanden im Rat keine Mehrheit.

Die CVP-Initiative "Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen" empfiehlt der Nationalrat mit 131 zu 39 Stimmen zur Ablehnung. Profitieren von dieser Initiative würden vor allem privilegierte Familien mit hohem Einkommen und nicht jenen, die es wirklich nötig hätten. Denn 50 Prozent aller Haushalte mit Kindern, bezahlen aufgrund ihrer tiefen Einkommen gar keine direkten Bundesteuern und hätten demnach auch keine Entlastung. Darüber hinaus würde die Initiative zu jährlichen Steuerausfällen von 760 Millionen für Gemeinden und Kantone sowie 200 Millionen Franken für den Bund führen. Ohne das klar ist, wo und wie diese Mindereinnahmen kompensiert würden.

Aber auch eine generelle Erhöhung der Ausbildungs- und Kinderzulagen um 60 Franken pro Monat, wie es der Vorstoss der SP verlangte, wurde im Parlament mit 129 zu 55 Stimmen abgelehnt.

Auch 2013 war der Rechnungsabschluss beim Bund wesentlich besser als geplant. Budgetiert war ein Defizit von 400 Millionen Franken. Abgeschlossen wurde mit einem Überschuss von 1,3 Milliarden Franken. Trotzdem reiten bürgerliche Politiker ständig neue Attacken auf staatliche Leistungen.

Zweite Woche: Ecopop, Radium, Jodtabletten und die SP Fraktion im Aargau

„Stopp der Überbevölkerung“ heisst es im Titel der Ecopop-Initiative. Es soll eine rigide Quote von maximal 0,2% jährlichem Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung eingeführt werden. Dies würde mit Sicherheit die Wirtschaft strangulieren und auch zum Bumerang für unsere zunehmend älter werdende Gesellschaft. Auch sollen jährlich 10 Prozent der Mittel für die internationale Entwicklungshilfe (ca. 150 Millionen), ins Ausland zur „Förderung der freiwilligen Familienplanung“ fliessen, wie sich die Initianten ausdrücken. Im Klartext: Wir machen die Grenzen dicht und die da draussen in den Entwicklungsländern sollen sich bitte schön nicht allzu stark vermehren.

Anstatt den Ressourcenverschleiss der 8 Millionen Menschen in der Schweiz zu reduzieren, wollen die Initianten unser Land unter eine Käseglocke stellen. Damit werden keine Umweltprobleme gelöst. Quer ist auch der Ansatz der Initianten betreffend Dritte Welt: Anstatt dort die wahren Gründe der hohen Geburtenrate zu bekämpfen – nämlich die Armut und die tiefe Bildung–, wollen die Initianten offenbar per schweizerische Bundesverfassung staatlich verordnet in der Welt mehr Verhütungsmittel verteilen. **Die Ecopop-Initiative ist eine Scheinlösungsinitiative.** Das Resultat im Rat war dann auch entsprechend deutlich: 190:3 für Ablehnung.

Radium: Es sei ein Fehler gewesen, dass die Bevölkerung nicht früher über den Fund von radioaktivem Abfall aus der Uhrenindustrie (Zifferblattfarbe) auf einer ehemaligen Deponiefläche in Biel informiert wurde, gab der Bundesrat in der Fragestunde zu, nachdem der Fund von 2012 von einer Zeitung thematisiert wurde. Die Behörden rechneten auch damit, dass noch weitere in ähnlicher Weise radioaktiv belastete Standorte existieren. Wo sich diese befinden, ist aber noch unklar. Weiter kam im Nachgang aus, dass weniger stark belastetes Erdreich einfach solange „verdünnt“ wurde, bis die Strahlenwerte eingehalten werden konnten, bevor es dann in eine andere normale Deponie überführt wurde. Dies werde ich in der Energie- und Umweltkommission noch hinterfragen.

Im Umkreis von 20 Kilometern um die Atomkraftwerke wurden bereits vorsorglich **Jodtabletten** an die Bevölkerung verteilt, um bei einem AKW-Unglück eine rasche Einnahme sicherzustellen. Diese Zone wird nun aus Sicherheitsgründen auf 50 Kilometer ausgeweitet. Die Mehrkosten von 20 bis 30 Millionen Franken sind verursachergerecht von den AKW-Betreibern zu tragen. Dagegen hat deren Vereinigung Swissnuclear Einsprache erhoben. Ich wollte daher in der Fragestunde vom Bundesrat wissen, ob sich diese Einsprache der AKW-Betreiber nun verzögernd auf die Umsetzung der Sicherheitsmassnahme auswirkt. Bundesrat und Gesundheitsminister Alain Berset versicherte, eine Beschwerde gegen die Rechnung werde zu keiner Verzögerung bei der Verteilung der Jodtabletten in der Schweiz führen.

Nicht nur das Wetter, auch die durchwegs positiven Rückmeldungen nach dem **Ausflug der SP Bundeshausfraktion in den Aargau** waren schön: „*Es war super und man spürte den Teamgeist der Aargauer Bundeshausdelegation*“ sagte beispielsweise Fraktionspräsident Andy Tschümperlin. Die Begrüssung beim Apéro im Badener Jugendkulturlokal Merker übernahm Pascale Bruderer. Danach schwärmten wir in drei Gruppen aus. Cédric Wermuth ging zur Betriebsbesichtigung in die Brauerei Müllerbräu, Yvonne Feri wanderte mit einer Gruppe den Industriepfad entlang nach Wettingen und ich führte durch die Umwelt Arena in Spreitenbach. Danach trafen sich alle wieder zum Nachtessen in der Mensa der Kantonsschule Wettingen.

Dritte Woche: Nagra, Bürgerrechtsgesetz, Kindsunterhalt, TV-Talk

Transparenz schafft Vertrauen, Geheimpapiere bewirken das Gegenteil. Das zeigte sich auch im Nachgang zur Geschichte im 2012 mit den Nagra-Geheimpapieren betreffend den möglichen Atommülllager-Standorten Bözberg und Zürcher Weinland. Ich reichte danach eine Motion zur **Einführung des Öffentlichkeitsprinzips bei der Nagra** ein. Bei so sensiblen Themen wie allfällige Lagerorte für atomare Abfälle, besteht berechtigterweise ein grosses öffentliches Interesse. Auch ist der Bund Genossenschafter der Nagra und diese führt einen öffentlichen Auftrag aus. Zudem hat die Erfahrung gezeigt, dass das Sicherheitsbewusstsein steigt, wenn Institutionen wie die Nagra gezwungen sind, transparent zu handeln. Doch wie erwartet konnte ich zwar keine Mehrheit, aber immerhin 70 Räte, für das Anliegen gewinnen.

Einen neuen Vorstoss reichte ich zum Thema Sachplan Geologische Tiefenlager ein. Er ist auf die Rahmenbewilligungen für Atommülllager ausgerichtet. Doch auch mit einer Rahmenbewilligung ist ein Endlager noch nicht gebaut. Es stellen sich Fragen, nach Abbruchkriterien und Kostenfolgen in der Umsetzungsphase. Denn auch dann noch sind das Auftreten von Sicherheitsproblemen und mithin auch der Befund einer „Nichteignung“ des Standorts möglich. Was einen Abbruch der Umsetzungsarbeiten bedeuten müsste. Dazu habe ich folgende Fragen deponiert: Wie und in welchem Umfang sind diese Risiken in die bisherigen Kostenberechnungen eingeflossen? **Teilt der Bundesrat die Meinung, dass bei unerwarteten sicherheitsrelevanten Problemen der Bau eines Tiefenlagers abgebrochen werden muss?** Ist die verfahrensleitende Behörde bereit, entsprechende Abbruchkriterien zu formulieren, zu publizieren und diese dann auch umzusetzen?

Die Räte diskutieren schon mehrere Jahre über das Bürgerrecht. Auch Einwohner unseres Landes ohne Schweizerpass bezahlen Steuern, arbeiten und leben Tür an Tür mit uns. Die SP möchte den Menschen, die sich für die Schweiz als ihren Lebensmittelpunkt entschieden haben keine übertriebenen Hürden in den Weg stellen. Doch in den Beratungen siegte die Ratsrechte. Beispielsweise werden die Voraussetzungen für die erleichterte Einbürgerung für Ehepartner verschärft. Sie müssen künftig auch im erleichterten Verfahren die Kriterien für eine erfolgreiche Integration erfüllen (Bsp. Landessprache in Wort und Schrift). Silvia Schenker begründete am Schluss die ablehnende Haltung der SP: *„Mag sein, dass unsere Vorstellungen eines modernen Bürgerrechts Vision bleiben werden. Mag sein, dass Sie (die Ratsrechte) mit Ihrer restriktiven Einbürgerungspolitik in der Bevölkerung mehrheitsfähig werden. Wir aber glauben daran, dass es in unserer aller Interesse ist, wenn die Menschen, die hier leben, mit uns gemeinsam die Zukunft unseres Landes gestalten. Dafür müssen sie mitreden und mitentscheiden dürfen.“* Das Abstimmungsergebnis zum neuen Bürgerrechtsgesetz war klar: 128 Ja zu 55 Nein.

Kindsunterhalt reformiert: Der Nationalrat hat das Unterhaltsrechts zeitgerechter gestaltet. Der Elternteil, der die Kinder grosszieht, muss vom unterhaltspflichtigen Elternteil künftig unabhängig vom Zivilstand unterstützt werden. Im Zentrum soll das Kindeswohl und nicht der Zivilstand der Eltern stehen.

Auch Medienarbeit gehört zur Politik: Herr Walo, neuer Axpo-CEO, lernte ich in einem TV-Talk zur Energiepolitik etwas näher kennen. Es war ein interessantes und sachliches Gespräch. Allerdings gibt es noch verschiedene Steine auf dem Weg zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Energiepolitik aus dem Weg zu räumen.

Max Chopard-Acklin, im Juni 2014